

15.01.2010

Die Pflege-Pläne von Schwarz-Gelb

Bahn frei für die Privatisierung

CDU/CSU und FDP wollen laut Koalitionsvertrag den steigenden Pflegekosten dadurch begegnen, dass sie "[...] *neben dem bestehenden Umlageverfahren eine Ergänzung durch Kapitaldeckung, die verpflichtend, individualisiert und generationengerecht ausgestaltet sein muss*", einführen wollen. Die Maßgaben des Vertrages müssen zu denken geben: Kapitaldeckung + Individualisierung. Für uns heißt das: **Abschied von der Solidarität und Bahn frei für die (zumindest teilweise) Privatisierung der Pflegeversicherung**. Wir fürchten außerdem eine ungerechte Kopfpauschale. Wir gehen davon aus, dass der schwarz-gelbe Weg weder (generationen)gerecht und nachhaltig noch kostengünstig sein wird. Auch für eine bessere Pflege wird er nicht sorgen. Hier in Kürze unsere Schlussfolgerungen und unsere grünen Reformvorschläge:

- *(Generationen)Gerechter?*
Kapitaldeckung + Individualisierung heißen: "Jeder für sich, statt jeder für jeden." Schon frühere Konzepte von Union und FDP weisen den Weg hin zur schleichenden Privatisierung der Pflegeabsicherung mit einer einkommensunabhängigen (Zusatz-)Prämie. Dann zahlt die Friseurin das gleiche wie Kanzlerin Merkel.
- *Nachhaltiger?*
Kapitaldeckung heißt: Es werden individuelle Rücklagen gebildet und am Kapitalmarkt angelegt. Die Finanzkrise zeigt jedoch, wie instabil die Kapitalmärkte sein können.
- *Besser für den Arbeitsmarkt?*
Pauschalen entlasten Versicherte mit hohen Einkommen. Sollte die volle Belastung über Steuern ausgeglichen werden, so bliebe diese Maßnahme für die Beschäftigten mit kleinen Einkommen neutral, es käme aber auch **nicht** zu der dringend erforderlichen Entlastung. Ob dies zu mehr Arbeitsplätzen führen würde, ist sehr fraglich.

Der grüne Weg? Eine sozial gerechte und kluge Mischung!

- Die **Pflege-Bürgerversicherung**. Alle Bürgerinnen und Bürger beteiligen sich nach ihrer jeweiligen Leistungskraft unter Einbeziehung aller Einkunftsarten an der Finanzierung der Pflege. Das ist sozial gerecht und schafft neue finanzielle Spielräume für die Pflege. Das beendet die einseitige Finanzierung durch ArbeitnehmerInnen und leistet einen Beitrag zur Nachhaltigkeit.
- Die **solidarische Demografiereserve**. Mit einem zusätzlichen, einkommensbezogenen Beitrag wird ein geschützter, kollektiver Kapitalstock gebildet. Mit der Reserve können die größten Belastungen abgedeckt und übermäßige Beitragssteigerungen in der Zukunft verhindert werden. Das ist Kapitaldeckung auf solidarische Art.
- Das **Progressivmodell**. Mit Steuermitteln senken wir bei unteren Einkommen gezielt die Sozialversicherungs- und damit Lohnnebenkosten. Das entlastet Geringverdiener und Arbeitgeber.

Die schwarz-gelben Finanzierungspläne unter die Lupe genommen

Mit der Alterung unserer Gesellschaft wird sich Zahl pflegebedürftiger Menschen von derzeit etwa 2,1 Millionen Pflegebedürftigen auf etwa 3,5 oder gar bis zu 4,5 Millionen im Jahre 2050 erhöhen. Es wird mehr Geld als heute kosten eine menschenwürdige Pflege zu gewährleisten. Deshalb wird seit Jahren in Politik und Fachwelt darüber gestritten mit welchem Finanzierungssystem dem steigenden Pflegebedarf am besten zu begegnen ist.

CDU/CSU und FDP meinen, in ihrem Koalitionsvertrag die Antwort gefunden zu haben. Sie kündigen an, dass "[...] *neben dem bestehenden Umlageverfahren eine Ergänzung durch Kapitaldeckung, die*

verpflichtend, individualisiert und generationengerecht ausgestaltet sein muss", erforderlich sei. Das zu konkretisieren sei Auftrag einer dafür einberufenen Prüfkommision. Anhaltspunkte, in welche Richtung die Reise gehen wird, gibt der Text dennoch. Zu denken gibt vor allem die Mischung der geplanten Maßnahmen: Kapitaldeckung + Individualisierung. Für uns heißt das übersetzt: **Abschied von der Solidarität und freie Bahn für die Privatisierung der Pflegeversicherung.**

Die Aspekte der Pläne im Einzelnen:

Gerechter?
Nachhaltiger und besser für den Arbeitsmarkt?
Der grüne Weg: Bürgerversicherung und solidarische Demografiereserve

Gerechter?

Während Schwarz-Gelb im Koalitionsvertrag bei der inhaltlichen Ausgestaltung der Pflege sehr undurchsichtig und innovationslos bleibt, wird bei der Finanzierung eines ganz deutlich: Bei der geplanten ergänzenden Kapitaldeckung gilt nicht mehr das Motto "jede/r für jede/n" (Solidarprinzip), sondern nur noch "jeder für sich" (Individualisierung). Die bestehende Pflegeversicherung wird zwar zunächst weiter existieren, der Beitragssatz soll jedoch eingefroren werden. Damit wird die bestehende Pflegeversicherung kontinuierlich an Bedeutung und an Wert verlieren. Alle zusätzlichen Versichertenbeiträge werden dann nur noch in die ergänzende kapitalgedeckte Säule fließen. Es sollen für jede/n Versicherte/n eigene "Konten" (Altersrückstellungen) gebildet und zinsbringend am Kapitalmarkt angelegt werden. Die entstehenden Guthaben sollen später genutzt werden, um Pflegeleistungen zu finanzieren, die von der Pflegeversicherung nicht mehr übernommen werden. Wer nicht viel sparen konnte, hat dann Pech gehabt.

Zudem liegt der Verdacht nahe, dass "**kleine Kopfpauschalen**" eingeführt werden sollen. Dann zahlt die Friseurin das gleiche wie der Altenpfleger, wie die Politikerin oder wie der Großverdiener Herr Ackermann.

Die Befürworter einer Kopfpauschale argumentieren, dass man in der Kfz-Versicherung auch nicht nach dem Einkommen unterscheide. Sollen sich die einen also eine Pflege-Panda und die anderen einen Pflege-Mercedes versichern? Wir halten Kopfpauschalen für sozial ungerecht und inakzeptabel.

Wenn eine Person ihren Beitrag nicht bezahlen kann, dann soll sie Anspruch auf einen steuerlichen Sozialausgleich haben. Das ist immerhin besser als nichts. Doch wird dies zu einer Antragsflut bei den Finanzämtern führen, die Bürokratie massiv erhöhen und zusätzliche Steuermittel erfordern. Wie bitte passt das aber mit zentralen FDP-Forderungen nach einem "schlanken Staat", nach Entbürokratisierung und Steuersenkungen zusammen?

Nachhaltiger?

Eine Kapitaldeckung bietet durchaus Vorzüge: Mit den Altersrückstellungen tut man bereits in der Gegenwart etwas gegen die in der Zukunft zu erwartenden Belastungen. Deswegen lehnen wir Kapitaldeckung auch nur dann ab, wenn sie so offensichtlich sozial ungerecht ausgestaltet wird, wie Schwarz-Gelb es vorhat. Doch auch kapitalgedeckte Systeme sind vor dem demografischen Wandel

nicht gefeit. Wenn die Pflegeleistungen "fällig" werden, dann müssen die dafür angesparten Rücklagen zu Geld gemacht werden. Zugleich wird es immer weniger junge Menschen geben, die Rücklagen aufbauen. Es wird zu einem Missverhältnis von Kapital-Angebot und Kapital-Nachfrage kommen. Ist das Angebot auf dem Kapitalmarkt höher als die Nachfrage, sinkt aber der Wert der Rücklagen. Dieses Problem lässt sich auch nicht durch Anlagen im Ausland umgehen, denn die gesellschaftliche Alterung ist ein weltweites Phänomen. Außerdem zeigt die globale Finanzkrise, wie sicher eine Wette auf die Stabilität der Kapitalmärkte ist.

Befürworter **kapitalgedeckter Systeme** behaupten gerne, diese seien **generationengerechter**, da jede Generation nur für die von ihr verursachten Pflegekosten aufkomme. Dies ist eine seltsame Auffassung von Generationengerechtigkeit, denn sie blendet die Solidarbeziehungen über Generationengrenzen hinweg aus. Vor allem aber werden dabei die Leistungen ignoriert, die jede Generation für ihre Kinder leistet (Ausbildungskosten, Investitionen in Infrastruktur etc.). Wir sind der Ansicht: Solidarität besteht nicht nur zwischen Jungen und Jungen sowie zwischen Alten und Alten, sondern zwischen Alt und Jung und allen sozialen Schichten.

Sollte die Pflegeversicherung komplett in ein kapitalgedecktes, individualisiertes System überführt werden, entstehen in der Übergangsphase enorme Doppelbelastungen für die Versicherten der jüngeren und mittleren Generation. Denn sie müssen einerseits die Rücklagen für das eigene Alter bilden und müssen andererseits die Pflege der älteren Generation weiterfinanzieren. Denn die Älteren können keine Rücklagen mehr bilden, müssen aber weiterhin Anspruch auf pflegerische Versorgung haben.

Besser für den Arbeitsmarkt?

Die schwarz-gelbe Koalition will über einkommensunabhängige Pauschalen die Lohnnebenkosten begrenzen und damit sozialversicherungspflichtige Arbeit wieder lohnender machen. Auf diesem Weg können aber bestenfalls hohe Einkommen entlastet werden. Geringverdiener, die unter der Abgabenlast am meisten leiden und für die sich Arbeit immer weniger lohnt, werden weiter geschöpft.

Überdies hat die schwarz-gelbe Koalition bisher keine Idee, wie sie Pflege zu einem Jobmotor machen, für mehr Ausbildungsplätze sorgen, die Pflegeberufe attraktiver machen – kurz den Pflegenotstand bekämpfen könnte. Das wäre wirklich sinnvoll für den Arbeitsmarkt.

Fazit

Die schwarz-gelben Finanzierungspläne machen die Pflege nicht besser oder menschenwürdiger. Denn CDU/CSU und FDP haben, wie man im Koalitionsvertrag nachlesen kann, leider keine inhaltlichen Vorstellungen und Visionen einer menschenwürdigen Pflege. Und wer sich fachlich nicht auskennt, dem bleibt die alleinige Fixierung auf die finanzpolitische Ausgestaltung der Pflege. Aber selbst hier gilt: Leistungsverbesserungen und die Absicherung gegen die Kosten des demografischen Wandels werden auch diese Koalition mehr Geld kosten. Das aber sollen allein die Versicherten zahlen. Die einzigen, die von den schwarz-gelben Kapitaldeckungs-Plänen profitieren, sind die Arbeitgeber, die private Versicherungsindustrie und die Einkommensstarken.

Der grüne Weg: Bürgerversicherung und solidarische Demografiereserve

Die Kritiker des Umlageverfahrens haben Recht, dieses System weist Schwächen auf. Wir Grüne haben

das nie in Zweifel gezogen. Im Gegenteil: Seit Jahren setzen wir uns für eine grundlegende Reform ein. Wir waren die ersten, die für die Pflege- wie auch Krankenversicherung den Umbau zu einer solidarischen **Bürgerversicherung** gefordert haben.

Das Solidarsystem mit seinen einkommensbezogenen Beiträgen genießt hohe Akzeptanz in der Bevölkerung. Für das Nebeneinander von sozialer und privater Kranken- und Pflegeversicherung hingegen gibt es keine fachliche Begründung. Erst recht nicht in der Pflegeversicherung, in der gesetzliches und privates System sogar die gleichen Leistungen gewähren. Die einzige Folge ist, dass sich die Stärksten unserer Gesellschaft damit der Solidarität entziehen können. Deshalb plädieren wir für eine solidarische Pflege-Bürgerversicherung und für die Aufhebung der Trennung zwischen sozialer und privater Pflegeversicherung. **Alle** Bürgerinnen und Bürger sollen gemäß ihrer Leistungsfähigkeit in die Versicherung einzahlen. **Alle Einkunftsarten** sollen zur Beitragsbemessung herangezogen werden. Das sorgt für mehr Nachhaltigkeit. Denn die finanzielle Bedeutung der Erwerbseinkommen nimmt kontinuierlich ab, die anderer Einkünfte, wie Kapitalvermögen, hingegen zu.

Das schafft neue finanzielle Spielräume zur Finanzierung notwendiger qualitativer Reformen. Sollten die Mehreinnahmen der Bürgerversicherung dafür nicht ausreichen, ist für uns die Erhöhung des Beitragssatzes in der Pflege-Bürgerversicherung kein Tabu. Das ist das kleinere Übel im Vergleich zu dauerhaft steigenden und sozial ungerechten Kopfpauschalen in einem unsolidarischen, privaten Versicherungssystem.

Es stimmt, wenn wir heute nichts unternehmen, dann zahlen die kommenden Generationen allein die Zeche für den demografischen Wandel. Das wäre verantwortungslos gegenüber der heutigen Jugend beziehungsweise den noch Ungeborenen. Deshalb müssen wir jetzt Geld in die Hand nehmen, um in der Zukunft die Kosten im Griff behalten zu können. Wir wollen die Vorzüge der Kapitaldeckung nutzen, sie aber solidarisch und sozial gerecht finanzieren. Wir schlagen deshalb die **solidarische Demografie-Reserve** vor. Danach wird **im bestehenden System** ein zusätzlicher, einkommensbezogener Beitrag erhoben. Dieser fließt jedoch nicht in Pflegeleistungen, sondern zweckgebunden in ein geschütztes und vor politischem Zugriff gesichertes Sondervermögen, auf eine Art "kollektives Sparbuch". Dazu leisten **alle** nach ihrer Leistungskraft ihren solidarischen Beitrag. Zu prüfen ist dabei, inwieweit auch die erheblichen Altersrückstellungen der privaten Pflegeversicherung in den Aufbau dieser Reserve einfließen können. Erst in den Spitzen der demografischen Entwicklung dürfen die Mittel der Reserve dann genutzt werden, um die größten Belastungen abzufedern und übermäßige Beitragssteigerungen zu verhindern.

Mit dem grünen Progressivmodell

(<http://www.gruene-bundestag.de/cms/arbeit/dok/309/309089@de.html>) tun wir außerdem etwas zur Stabilisierung und Förderung des Arbeitsmarktes. Mit dem Progressivmodell werden durch den Einsatz von Steuermitteln bei unteren Einkommen die Sozialversicherungskosten und damit die Lohnnebenkosten gezielt gesenkt, ohne die Versicherten dabei stärker zu belasten.

Ihr Kontakt

Elisabeth Scharfenberg (<http://www.gruene-bundestag.de/cms/abgeordnete/dok/81/81485.html>)

Mehr zum Thema

Grüne Pflegepolitik (<http://www.gruene-bundestag.de/cms/pflege/dok/207/207044@de.html>)

Weitere Infos

Kommentierungen zum Koalitionsvertrag

(<http://www.gruene-bundestag.de/cms/default/dok/310/310829@de.html>)